

3 Impulse für einen starken Mittelstand in NRW

Wir Freie Demokraten haben uns auf dem 74. Bundesparteitag 2023 vorgenommen (BPT-Beschluss: „5 liberale Impulse für einen starken Mittelstand“), die Rahmenbedingungen für den Mittelstand auf allen politischen Ebenen zu verbessern.

Die erodierenden Standortfaktoren in Deutschland schwächen insbesondere die mittelständischen Unternehmen. Denn sie sind teils aufgrund der Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor, teils aufgrund ihrer Größe an den Standort gebunden. Uns Freie Demokraten ist es ein zentrales Anliegen die Strukturschwäche in Deutschland, in NRW zu bekämpfen. Uns motiviert dabei nicht nur, dass Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, um mit notwendigen Zukunftsinvestitionen ihr Überleben zu sichern, sondern auch der Erhalt hunderttausender Arbeitsplätze ist zentral. Dies bedarf dementsprechend einer politischen Kraftanstrengung auf Landesebene.

Die FDP setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass der Bürokratieabbau und die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigt, der Arbeitskräftemangels bekämpft, die Infrastruktur ausgebaut und die Landessteuern vereinfacht werden. **Wir Freie Demokraten wollen den Mittelstand NRW stärken und hierfür folgende drei politische Impulse geben.**

Impuls 1: Bürokratie begrenzen und abbauen

Die Bürokratielasten für den Mittelstand haben immer weiter zugenommen. Einzelmaßnahmen, die für sich genommen akzeptabel erscheinen, legen sich in ihrer Gesamtheit wie Mehltau über die Wirtschaft.[1]

Die FDP NRW setzt sich daher dafür ein, dass die Anzahl der verabschiedeten Gesetze und Regelungen in NRW insgesamt verringert wird. **Denn weniger ist mehr!** Um die Bürokratie zu verringern, sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- **Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen:** Um die Prozesse zu optimieren sollten die **Gerichtsverfahren** in NRW effektiver werden und die Verbandsklagemöglichkeiten und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei kleineren Vorhaben reduziert werden.
- **Weniger und kürzere Gesetze:** Wir Freien Demokraten fühlen uns der Daumenregel „One-in, two-out“ verpflichtet. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass bei jedem neuen Gesetzesvorhaben zunächst die Regelungsnotwendigkeit geprüft wird. Ferner müssen wir uns von dem leider geltenden Grundsatz „Jeder Einzelfall muss rechtstechnisch erfasst werden“, verabschieden. Wir brauchen den Mut, die typisch deutsche Einzelfallgerechtigkeit zu negieren.
- **Auswertbare digitale Verwaltungsakte:** Die digitalisierten Verwaltungsakte sowie Bescheide jeglicher Art sollten in maschinenlesbaren Datenformaten zusätzlich zu einem Pdf an Bürger oder Unternehmen verschickt werden (Beispiel AO § 122a).
- **Synchronisierung der Daten:** Doppelte und dreifache Datenabfragen durch verschiedene Stellen sollen durch die Digitalisierung und Modernisierung von Registern entfallen (Abfrage über Bürger- und Unternehmer-ID). Auch die Berichts- und Statistikpflichten gegenüber dem Statistischem Landesamt sollten reduziert werden.
- **Digitalisierung zur Chefsache machen:** Prozessdefinierung und -kontrolle, Schulung von kommunalen Mitarbeitern und Wettbewerb bei Ausschreibungen um die besten Ideen zur kommunalen Digitalisierungsstrategie.
- **Vereinfachung und Reduzierung von Förderprogrammen:** In NRW gibt es unzählige Förderprogramme. Diese Förderprogramme binden jede Menge Ressourcen in den Ämtern und Ministerien. Durch eine Verschlinkung von Förderprogrammen sowie einfachere Beantragung können personelle Ressourcen eingespart und effektiver in anderen Bereichen eingesetzt werden. Dies wirkt dem Fachkräftemangel

entgegen und vermeidet Doppelstrukturen.

- **NRW-Portal:** Möglichst alle wirtschaftsbezogenen Verwaltungsleistungen sollen über die Länderportale wie etwa das Wirtschafts-Service-Portal.NRW abgewickelt werden können.
- **Konsequente Umsetzung der Genehmigungsfiktion (§ 42a VwVFG):** Beantragte Genehmigungen gelten nach Ablauf einer für die Entscheidung festgelegten Frist als erteilt (Genehmigungsfiktion), wenn dies durch Rechtsvorschrift angeordnet; wir fordern daher dieses Beschleunigungsinstrument in den entsprechenden Rechtsvorschriften in NRW stärker zu nutzen.
- Erstellung eines **NRW-weiten Bürokratiekosten-Index**
- Der von der Landtagsfraktion gestellte Antrag vom 12.09.2023 (LT-Drucksache 18/5836) wird mit Nachdruck weiter unterstützt und verfolgt.

Impuls 2: Arbeitskräftemangel wirksam bekämpfen

Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist, wie aktuelle Umfragen zeigen, das drängendste Probleme des deutschen Mittelstands (Quelle: Zukunftspanel Mittelstand des Instituts für Mittelstandsforschung, 2023).

Der Fachkräftemangel wird durch drei Faktoren bedingt – geringe Arbeitsanreize, niedrige Zuwanderung von Fachkräften, und eine unzureichende Qualifikation vieler Schulabgänger. Wir sind uns bewusst, dass der Handlungsbedarf auf Bundesebene höher ist als auf Landesebene. Aber auch die Landesregierung könnte die Bedingungen in NRW vor allem mit Blick auf die Ausbildung verbessern:

1. Bildung für die Zukunft ausrichten

- **Grundlagen stärken:** Um ein Mindestniveau nach dem Schulabschluss sicherzustellen, sollte die maximale Klassengröße verringert werden. Dazu wäre eine Reform der Lehrerausbildung notwendig. Denn die hohen Anforderungen an die fachlichen Scheine sind überzogen, während Pädagogik und Psychologie zu kurz kommen. Bei einer mehrjährigen Planung könnte das Land die Attraktivität des Lehrberufs zudem durch eine Jobgarantie im öffentlichen Dienst für erfolgreiche Absolventen der Grundschulpädagogik erhöhen.
- **Berufsorientierung verbessern:** Die Berufsorientierung sollte in den Schulen von dafür qualifizierten Lehrkräften oder Experten erfolgen. Es braucht eine Bündelung der an der Berufsorientierung beteiligten Akteure, da zu viele Institutionen (IHK, Bundesagentur für Arbeit, HWK, Kommunale Koordinierung, Arbeitgeberverbände etc.) am Prozess beteiligt sind. Die führt zu institutionalisierten Konzepten und Ideen, welche am Bedarf der jungen Menschen vorbeigehen. Die Landesregierung NRW sollte ein soziales oder betriebliches GAP-Jahr für junge Menschen fördern, damit diese im Anschluss an die Schule Praxiserfahrungen sammeln.
- **Universitäten bedarfsgerechter fördern:** Die FDP NRW fordert das Land auf, die Finanzierung der Universitäten zu reformieren, um die Zahl der Studienplätze in Fächern mit schlechten Arbeitsmarktperspektiven zu reduzieren. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es wünschenswert den Anreiz für die Universitäten zu reduzieren, weitere „günstige“ Studienplätze für gewisse Geisteswissenschaften zu schaffen. Hier führt die Mittelvergabe pro Student dazu, dass zu viele Abiturienten studieren. Stattdessen sollte die Ausbildung oder das duale Studium in Bereichen mit hohem Fachkräftemangel stärker gefördert werden.
- In allen Bereichen sollte eine **Gleichbehandlung von Meister und Bachelordurchgesetzt** werden.

2. Arbeitsanreiz erhöhen

Der Anreiz einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeittätigkeit nachzugehen sind insbesondere für viele Bewohner der Großstädte nach der Einführung des Wohngelds plus deutlich zurückgegangen. Dadurch hat sich der Arbeitskräftemangel massiv verschärft. Die Verschärfung der Sanktionierung beim Bürgergeld ist

nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Neben einem Reformbedarf bei den Transferentzugsraten (Abzug vom Bürgergeld bei einem Zuverdienst) und den Zuverdienst-Grenzen auf Bundesebene kann aber auch das Land NRW dazu beitragen, das Arbeitsangebot zu erhöhen. Wir fordern:

- **Sozialstaatsmoratorium:** Im Zuge der Forderungen, dass die Sozialausgaben nicht stärker wachsen sollen als die Wirtschaftsleistung, setzen wir Freie Demokraten dafür ein, dass die Wohngeld-Plus-Sätze in NRW nicht mit den Mieten steigen. Wo Ermessensspielraum besteht, sollte das Bestreben sein, dass diese nicht weiter angehoben werden. Durch das Wohngeld ist insbesondere in den Großstädten die Grenzbelastung bei einer Gehaltserhöhung oder einer Erhöhung der Familienarbeitszeit sehr nahe an 100%, so bleibt beispielsweise in München das Nettoeinkommen einer vierköpfigen Familie bei einem Bruttoverdienst zwischen 4000 und 4400 Euro konstant.
- Die **Jobcenter** sollten incentiviert werden, mehr Bürgergeldbezieher zu vermitteln. Das Land NRW könnte beispielsweise eine Ehrung für besonders verdiente Mitarbeiter vornehmen. Ein stärkerer Austausch mit den Betrieben vor Ort wäre zudem wünschenswert.
- Um die **Erwerbsbeteiligung von Frauen** zu erhöhen, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu verbessern. Dafür ist auch die Infrastruktur für die Kinderbetreuung auszubauen und die Qualität zu verbessern.

3. Integration und Zuwanderung verbessern

- Priorisierung der **Digitalisierung:** Wir fordern eine schnellere Bearbeitung der Anträge durch die Ausländerbehörden. Bei der Digitalisierung von Verwaltungsakten sollte diejenigen Akte, die in die Zuständigkeit der Ausländerbehörden fallen priorisiert werden.
- Bei Ausländern mit einer **befristeten Arbeitserlaubnis** sollte diese für Personen in einem bestehenden Arbeitsverhältnis **ohne Prüfung verlängert** werden, bis ein Termin bei der Behörde zur Prüfung angeboten werden konnte.
- Bei der Prüfung durch die Ausländerbehörden sollten die **Anforderungen an die Deutschkenntnisse** hinunter geschraubt, sofern Englischkenntnisse vorhanden sind.
- Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, dass die Agenturen für Arbeit eine einfache **Plattform der wichtigsten Arbeitgeber** pro Kommune einrichten. So würde die Arbeitsplatzsuche von Personen mit einem Visum zur Arbeitsplatzsuche erleichtert werden.
- Eine Erleichterung bei der **Anerkennung der Ausbildung** in den Heimatländern.

Impuls 3: Verbesserung der NRW Infrastruktur (Verkehr, IT und Energie)

- **Bauen:** Die Baunutzungsverordnung sollte um ein Gebiet für „Einfaches Bauen“ ergänzt werden. In diesen Sondergebieten wären Abweichungen von der Bauordnung möglich und würden so die Baukosten signifikant senken und die Genehmigungsverfahren beschleunigen. Dies würde Umbauten und Erweiterungen von Produktionsstätten erleichtern. Und der Wohnungsbau könnte in Regionen mit akuter Wohnungsnot attraktiver werden.
- **Nutzung von Alt-Industrieflächen:** Brachliegende Industrieflächen sollten in ganz NRW durch staatliche Programme besser reaktiviert werden. So würde beispielsweise eine Garantie des Landes, sich um die Schadstoffbeseitigung zu kümmern (falls Alt-Eigentümer nicht haftbar gemacht werden kann), die Risiken von Investoren senken. Die reaktivierten Bauflächen für Unternehmen und Wohnungen könnten zudem bevorzugt in ein Gebiet „Einfaches Bauen“ umgewandelt werden.
- **Die Bearbeitung von Bauanträgen beschleunigen:** Das Land NRW sollte die Kommunen bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz in den Bauämtern unterstützen. Ein landesweites IT-Projekt wäre notwendig. Um die Priorisierung von Anträgen zu verbessern, sollten für jeden Objekttyp Fristen festgesetzt werden, nach denen ein Antrag automatisch als genehmigt gilt.

- **Energieversorgung:** Wir Freie Demokraten fordern, dass die Landesregierung ihrer zentralen Aufgabe nachkommt, eine zuverlässige Energieversorgung für den Wirtschaftsstandort NRW zu gewährleisten. Analog zum BPT-Antrag „Strategischer Rahmen für Energieversorgung D, 2023“ unterstützen wir kommunale und privatwirtschaftliche Initiativen, die eine dezentrale Energieversorgung zum Eigenverbrauch analog zu den Quartierslösungen in Stadt und Land einfach und unbürokratisch umsetzen. Weiterhin soll die Landesregierung die Gefahren von Wärme-Monopolmärkten bekämpfen. Daher sollte sie sich für die Liberalisierung des Fernwärmemarktes einsetzen.
- **Verkehr:** Die Wirtschaft ist auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Verkehrsdesaster, wie bei der Rahmedetalbrücke dürfen sich nicht wiederholen. Dabei sollte ausreichend auf den Individualverkehr geachtet werden. Insbesondere Handwerksbetriebe müssen auch in Zukunft Zugang zu den Quartieren und damit ihren Kunden haben können. Daher sind Maßnahmen, wie der Handwerkerparkausweis in NRW auszuweiten.

[1] Vgl. BPT-Beschluss: „5 liberale Impulse für einen starken Mittelstand“